Integration durch Beteiligung – Benachteiligte Stadtteile als Ort lebendiger Demokratie

von Sandra Scheeres, Regiestelle E&C der Stiftung SPI

Benachteiligte Kinder und Jugendliche stehen in sozialen Brennpunkten immer in der Gefahr zu Scheitern. Gelingendes Aufwachsen unter den Rahmenbedingungen fehlender Infrastruktur und häufig auch fehlender Unterstützung durch das familiäre Umfeld ist eine Herausforderung für die Betroffenen wie für die Jugendhilfe. Die Jugendsozialarbeit verfolgt seit Jahren das Ziel, im Rahmen ihrer Angebote diese Kinder und Jugendliche durch sozialpädagogische Hilfen zu unterstützen.

Ein wesentlicher Beitrag der Integration ist die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an der Gestaltung ihrer Lebenswelt (Kindergarten, Schule, Betrieb, Wohnumfeld, Freizeit). Nur wenn es gelingt, die partizipative Kompetenz dieser Kinder und Jugendlichen zu stärken, kann die Formel vom Koproduzenten in der sozialen Arbeit auch für sie greifen. Partizipation darf nicht allein unter dem Gesichtspunkt des zusätzlichen Aufwands gesehen werden. Der Blick muss auch auf die zusätzlichen Chancen gerichtet sein, die durch Partizipation eröffnet werden.

Das Programm E&C stellt sich daher die Frage: “Wie erhöhe ich die Beteiligung von benachteiligten Kindern und Jugendlichen an der Gestaltung ihrer Lebenswelt?” Eine Fragestellung, die derzeit gerade in beachteiligten Stadtteilen vor dem Hintergrund fehlender Infrastruktur und Ressourcen kritisch diskutiert wird (vgl. Scheeres, 2001).

Eine Vielfalt von Formen der Beteiligung sind flächendeckend notwendig, damit viele Kinder und Jugendliche durch Angebote angesprochen werden. Unterschiedliche Beteiligungsverfahren ermöglichen, dass verschiedene Zielgruppen, z.B. Mädchen und Migranten/innen Berücksichtigung finden und die Modelle nicht nur „Elitejugendliche“ ansprechen (vgl. Brunner/ Winklhofer/Zinser, 2001).

Beteiligung ist nicht verboten

Beteiligung braucht keine rechtlichen Regelungen, sondern Engagement von Erwachsenen, Kindern und Jugendlichen in einem rechtlichen Raum. PolitikerInnen, StadtplanerInnen, Fachleuten, Personen des öffentlichen Lebens etc. ist es nicht verboten, Jugendliche nach ihrer Meinung und ihrem Rat zu befragen oder auch in ihre Planungen mit einzubeziehen. Beteiligungsprozesse brauchen das Engagement von Kindern und Jugendlichen. Dies setzt jedoch voraus, dass Erwachsene sie motivieren, begleiten und bei der Umsetzung ihrer Ideen behilflich sind (vgl. Schröder, 1995).

Der rechtliche Rahmen für die Beteiligung von jungen Menschen ist global wie lokal vorhanden, zu nennen sind hier die Konvention der Vereinten Nationen über die Rechte des Kindes, das Grundgesetz, das Kinder- und Jugendhilfegesetz (KJHG) sowie in einigen Bundesländern ergänzende Bestimmungen in Landesausführungsgesetzen zum KJHG und in Gemeindeordnungen (z.B. in NRW und Schleswig-Holstein) (vgl. Hermann, 1996). Er bietet jedoch lediglich den Raum für die Umsetzung von partizipativen Konzepten.

Im folgenden wird anhand von gelungenen Modellprojekten verdeutlicht, wie Ansprüche an die Partizipation benachteiligter Kinder und Jugendlicher in den Modellgebieten von E&C mit Leben gefüllt wird.

Entwicklungschancen durch Beteiligung

Das Projekt Julius B., des Bauvereins Falkenjugend Gelsenkirchen e.V. leistet seit September 1996 einen aktiven Beitrag zur Verbesserung der Lebenssituation benachteiligter junger Menschen im E&C-Gebiet Gelsenkirchen Bismarck / Schalke-Nord. Aufgrund ihrer erfolgreichen Arbeit vor Ort sind sie heute mit dem Quartiersmanagement beauftragt.

Der Wohnbereich des Ortsteils Schalke-Nord in dem 4000 Menschen leben ist dadurch gekennzeichnet, dass ein Drittel der Quartiersbewohner minderjährig ist und ca. 50 % der jungen Menschen nicht deutscher Herkunft sind. 23 unterschiedliche Nationalitäten leben auf einer sehr begrenzten Wohnfläche. Hohe Konfliktpotenziale sind im Quartier vorhanden, denen aber bislang kaum Beachtung geschenkt wurde. Die wenigen Spiel- und Freiflächen sind nicht gut ausgestattet und viele öffentliche und private Räume wirken vernachlässigt und verwahrlost. Soziale Einrichtungen und Angebote sind für die Kinder und Jugendlichen auf Grund der Entfernung schwer zu erreichen.

Julius B. hat diese Situation als Chance und Herausforderung für sich erkannt und einen an den Bedürfnissen orientierten lebensraumbezogenen Ansatz für die praktische Arbeit mit den jungen Menschen entwickelt. Ziel sind innovative Angebote und Projekte, über die sich speziell junge Menschen Räume erschließen können und die Erfahrungen vermitteln bei der Bewältigung von Alltagskonflikten und der Gestaltung eigener Wünsche und Ideen.

Eine aufsuchende fragende Grundhaltung steht im Mittelpunkt der Arbeit. So sollen mit und durch die Betroffenen Probleme erkannt und Problemlösungen erarbeitet werden. Julius B. verfolgt die Leitidee, sich an den *Interessen, Wünschen und Problemen der Bewohner zu orientieren.* Dies macht das Beispiel der Schließung eines Jugendkellers einer evangelischen Gemeinde, die primär von einer türkischen Jungengruppe besucht wurde, deutlich. Die Gruppe wurde aufgesucht, um mit ihnen ins Gespräch zu kommen. Ihnen wurde angeboten, sich selbstorganisiert weiter zu festen Zeiten zu treffen sowie sich Gedanken über eine alternative Freizeitgestaltung vor Ort zu machen.

Der Ansatz versteht sich als Suchbewegung, um bei und mit den Betroffenen die Quellen aufzuspüren und zu aktivieren, die zu Problemlösungen führen. Ziel ist die *Aktivierung des Selbsthilfepotentials der Bürgerinnen und Bürger.* „Förderung der Stärken der Menschen“ und professionelles Unterstützen von Prozessen, die *Eigenengagement fördern* sind Grundprinzipien von Julius. B. Durch den pädagogischen Ansatz der Gruppenarbeit wurde im Gespräch mit der Gruppe deutlich, dass ein Mangel an geeigneten Innenräumen vorhanden ist. Dies führte zu einer Bestandsaufnahme der vorhandenen, auch von Jugendlichen genutzten Freizeitflächen im Außenbereich.

Das Vorhandensein personeller, infrastruktureller und institutioneller Ressourcen im sozialen Raum sind Grundvoraussetzung, um die Lebenslagen der Menschen, zu verbessern sowie die Vielfalt der Stadtteilstruktur effektiv zu stärken. Ein wesentlicher Ausgangspunkt ist die *Nutzung der Ressourcen im Stadtteil*. Aus diesem Grund wurden zwei Spielflächen zur Neuplanung und -gestaltung von den Jugendlichen vorgeschlagen, darunter ein von allen Altersgruppen stark frequentierter öffentlicher Bolzplatz. In einem Zeitraum von vier Wochen beschäftigten sich die Jugendlichen mit einem auf ihre Bedürfnisse zugeschnittenen „Sanierungskonzept“. Durch eine Fotoaktion wurde der schlechte Zustand der Anlage in Bildern und Texten dokumentiert. Dabei wurde eine Auflistung von Mängeln erstellt sowie verschiedene Vorschläge der Gestaltung beschrieben und begründet.

Trotz eines auf Kinder und Jugendliche orientierten Ansatzes beziehen die Mitarbeiter möglichst viele Menschen im Stadtteil ein. In diesem Zusammenhang verfolgt Julius B. den Ansatz die *Jugendlichen im sozialen Kontext sehen.* Um den Wunsch einer Sanierung des Platzes öffentlich zu dokumentieren, sammelte die Gruppe Unterschriften. Bei der konkreten Planung mit den Kindern und Jugendlichen wurden die Interessen anderer Bewohnergruppen wie Eltern, Anwohner etc. berücksichtigt, um Konfliktpotenziale von Anfang an zu vermeiden. Dieses Vorgehen konnte den Kindern und Jugendlichen auch vermittelt werden. Neue Aktivitäten sollen von Beginn an mit der bestehenden Arbeit im Stadtteil verbunden und die Arbeit der Institutionen untereinander vertieft werden. Hierzu werden Ideen und Anregungen, die sich aus der

aufsuchenden Arbeit ergeben, in entsprechende Fachgremien getragen, und Handlungen untereinander abgestimmt. Kontinuierlicher Ansatzpunkt ist die *Koordination und Vernetzung im Quartier*. Dies wurde realisiert, indem entsprechende Gruppen und Ämter mit in die Planung einbezogen wurden (vgl. Schabler/Balci, 2001).

Julius. B. sieht die im Quartier lebenden Kinder und Jugendlichen als Experten und Expertinnen in eigener Sache. Das Projekt versucht, sie in planerische sowie Entscheidungs- und Gestaltungsprozesse, die den Lebensraum betreffen, mit einzubeziehen. Ein unterstützender Ansatz ist der Aufbau von Netzwerken, um Partizipationprozesse voranzutreiben. Das Projekt verfolgt einen ganzheitlichen Ansatz und versucht, die Kinder und Jugendlichen in die Einrichtung der Sozialen Arbeit zurückzuführen, indem bedürfnisorientierte Angebote wie z.B. Hausaufgabenhilfe, Sprachförderung, Mittagstisch entwickelt werden.

Durch den Prozess der direkten Beteiligung, bei dem in diesem Fall verwahrloste Nutzungsflächen entdeckt, positiv besetzt und ins Gespräch gebracht werden, gelingt es im Dialog mit allen Bewohnern, Flächen zu verschönern, eine Aufwertung des Gebiets zu erreichen und so die Identifikation mit dem Stadtteil zu stärken. Einer Stigmatisierung des benachteitigten Stadtteils kann nach und nach entgegengewirkt werden. Das Bundesjugendkuratorium bezeichnet diesen Weg als Stabilisierung und Zukunftsfähigkeit eines demokratischen Gemeinwesens, die wesentlich für die Entwicklung von Sozialräumen ist. (vgl. Bundesjugendkuratorium, 2002).

In der projektorientierten Form der Partiziaption können benachteiligten Kindern und Jugendlichen Fähigkeiten für das Leben in einer Demokratie vermittelt werden. Häufig werden sie in solchen Prozessen erstmals nach ihrer Meinung gefragt. Das bewusste Erleben des Lebensraums durch die Methode von Streifzügen, dem Erarbeiten von Flächengestaltungsideen stärkt und entwickelt Qualifikationen wie z.B. Selbstbewusstsein, Verantwortungsbewusstsein, Kommunikationsfähigkeit, Urteilsvermögen, Kritikfähigkeit und die Bereitschaft zum Engagement. Diese Herangehensweise gibt auch Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund, die oftmals Sprachdefizite aufweisen, eine Chance, sich bei der Gestaltung ihrer Lebenswelt einzubringen. Eine solche Form erleichtert jungen Menschen mit verbalen Kommunikationsproblemen den Zugang zu Partizipationangeboten, da sie sich mit ihren spezifischen Fähigkeiten einbringen können, ohne Schwellenängste überwinden zu müssen.

Bei Entwicklung von Modellen für ihre neue Spielfläche lernen sie z.B. durch das Gespräch und Aushandeln von Zielen mit Gleichaltrigen wie mit Erwachsenen Ideen zu vertreten und Kompromisse einzugehen. Auch stellen sie fest, dass Partizipation mit Vereinbarungen, also Verbindlichkeiten zusammenhängt und damit Anstrengung bedeuten kann. Auf dieser Grundlage können junge Menschen ihre aktuellen persönlichen, aber auch gesellschaftlichen Probleme bewältigen lernen. Junge Menschen werden durch diesen Ansatz in besonderer Weise gefördert und gefordert und an der Gestaltung ihres Lebensraums beteiligt.

Prozesshafte Beteiligung mit Höhen und Tiefen

Das Projekt OUTREACH - Mobile Jugendarbeit ist vor dem Hintergrund, vermehrt auftretender Gruppengewalt in Berlin entstanden. OUTREACH arbeitet in besonders benachteiligten Stadtteilen wie auch in E&C - Gebieten und praktiziert eine mobile und sozialräumlich orientierte Jugendarbeit. Zielgruppe des Projekts sind junge Menschen, die von den herkömmlichen Einrichtungen der Jugendarbeit nicht oder nicht mehr erreicht werden. Eine negative Schulerfahrung ist bei den meisten festzustellen, oftmals verfügen sie über keinen Schulabschluss und leben in ökonomisch schlechten Verhältnissen. Über fünfzig Prozent des Klientel (Westteil der Stadt) weisen einen Migrationshintergrund, teilweise ohne gesicherten Aufenthaltsstatus auf.

Das Projekt sucht die Jugendlichen dort auf, wo sie sich tatsächlich aufhalten. Schwerpunktmäßig sind es öffentliche Räume, wie Parks, Strassen Plätze etc., da diese Orte schwer kontrollierbar sind. *Grundprinzip* des Konzeptes ist es, erst einmal die *Jugendlichen zu erreichen*. Da das Klientel nicht von sich aus Einrichtungen der Sozialarbeit und anderen Institutionen aufsucht, gehen die Projektmitarbeiter/innen auf die jungen Menschen zu. Das Projekt öffnet ihnen so Zugang zu integrativen und partizipativen Angeboten.

Der erste Kontakt zwischen den OUTREACH - Mitarbeitern/innen und den Jugendlichen vollzieht sich durch die Strassensozialarbeit. Oftmals gelingt es durch die Methode der Freizeitpädagogik das Vertrauen der jungen Menschen aufzubauen und den Kontakt zu intensivieren. Hier zeichnet sich meistens schon ab, dass viele Jugendliche aus Bezügen, die eine soziale und gesellschaftliche Integration fördern, herausgefallen sind. In der Arbeit von OUTREACH wird immer wieder festgestellt, dass ein zentrales Bedürfnis der Jugendlichen ein Raum ist, in dem sie sich ohne Erziehungspersonen treffen können. Ein Ort, an dem sie sich ungestört aufhalten und miteinander reden können.

Da eine Rückführung in Jugendeinrichtungen meist nicht funktioniert, wählt OUTREACH einen anderen Weg. Wenn sich herausstellt, dass eine Stabilisierung der Beziehung zu den Jugendlichen gelingt, wird der Wunsch nach einem Aufenthaltsraum unterstützt. Der Ansatz der *Verzahnung von mobilen und stationären Ansätzen durch Straßensozialarbeit* und dem Aufbau von Jugend-Treffpunkten überwindet die oft noch existierende „Komm-Struktur“. OUTREACH entwickelt dabei partizipative und empowermentorientierte Ansätze, indem die Mitarbeiter/innen mit den Jugendlichen Räume suchen und einrichten, Verantwortungsbewusstsein sowie das Aushandeln von Nutzungsbedingungen einüben. Die Jugendlichen haben die Möglichkeit, durch den Abschluss von Nutzungsverträgen die Räumlichkeiten für eine bestimmte Zeit kostenlos zu nutzen. Durch diese Form der Partizipation und dem direkten Ergebnis erfahren die Jugendlichen den Nutzen demokratischer Verhaltensweisen im Sozialraum (vgl. Essmann, 2000).

Der Ansatz von OUTREACH, macht deutlich, dass Partizipationskonzepte für Jugendliche, die nicht in Sozialeneinrichtungen integriert sind, niedrigschwellig konzipiert sein müssen. *Partizipation bedeutet Beziehungsarbeit und Persönlichkeitsbildung von Kindern und Jugendlichen*. Aus diesem Grund, liegt der Schwerpunkt der pädagogischen Arbeit auf der Kontaktaufnahme und der Beziehungsarbeit, um die Jugendlichen zu stabilisieren, damit für sie Partizipation erlebbar werden kann. Diese Beziehungsarbeit ist häufig vom Scheitern bedroht, da sie hohe Anforderungen an die Mitarbeiter und an die beteiligten jungen Menschen stellt. Die jungen Menschen mit denen OUTREACH arbeitet sind schließlich auch bereits in den „traditionellen“ Einrichtungen „gescheitert“. Gerade vor diesem Hintergrund ist die erfolgreiche Arbeit mit den verbleibenden jungen Menschen im Projekt um so höher zu bewerten.

OUTREACH sieht den Schlüssel zur Partizipation von benachteiligten Kindern und Jugendlichen in der Zusammensetzung der Mitarbeiterteams. Bewusst wurden Mitarbeiter/innen mit Migrationshintergrund sowie im Quartier lebende Menschen eingestellt. Durch den sprachlich-kulturellen Hintergrund und der Zugehörigkeit zu den Communities werden Zugänge ermöglicht die deutsche Mitarbeiter kaum hätten. Dies ist der Schlüssel um Kontakt und Vertrauen herzustellen, die beide eine Grundlage für Partizipationsprozesse darstellen. OUTREACH schafft es durch diesen Ansatz, ausländische Jugendliche mit unterschiedlichen Aufenthaltsstatus anzusprechen. Damit wirken sie der Ausgrenzung und der Einschränkung von Partizipationschancen entgegen, die wie auch im 11. Kinder und Jugendbericht beschrieben wird bei dieser Gruppe von Jugendlichen gravierend ist (vgl. Elfter Kinder und Jugendbericht, 2002).

Gerade den Einrichtungen der sozialen Arbeit kann es gelingen, benachteiligte Kinder und Jugendliche zu qualifizieren, indem sie ihre Konzepte an den Lebenswelten

dieser Zielgruppe orientieren. Denn wenn die jungen Menschen nicht den Weg zu den Institutionen finden, dann müssen die Einrichtungen den Weg in die Sozialräume finden, in denen sich junge Menschen aufhalten. Das ist notwendig, da die Lernorte für Beteiligung im persönlichen Lebensumfeld der jungen Menschen zu finden sind. OUTREACH verfolgt aus diesem Grund einen gemeinwesenorientierten Ansatz und versucht alle Ressourcen des Quartiers mit in die Arbeit einzubeziehen. Dieser Ansatz setzt aber ein qualifiziertes Personal voraus, das in der Lage ist Gemeinwesenarbeit zu praktizieren. Qualifikation und Motivation der Mitarbeiter ist wie so häufig in der sozialen Arbeit auch hier der Schlüssel zum Erfolg (vgl. Bartscher, 1998).

Beteiligung braucht Netzwerke

Das E&C - Gebiet Hammer - Norden ist durch zwei sehr verschiedene Arten von Wohngebieten gekennzeichnet. Es existieren gut bürgerliche Wohngebiete, in denen fast alle Bürger/innen sozial integriert sind. In diesen Gebieten gibt es aber auch Quartiere, in denen sozial benachteiligte Bürgerinnen und Bürger leben, die das „negative“ Image des gesamten Gebietes in der Öffentlichkeit bestimmen. In den benachteiligten Quartieren konzentrieren sich Bewohner/innen mit verschiedenen kulturellen und Migrationshintergründen auf engstem Raum. Aus diesem Grund sind dort Konfliktpotenziale wie Ethnisierung sozialer Konflikte, Sprach- und Kommunikationsprobleme, Arbeitslosigkeit, Jugendkriminalität, Drogengebrauch- und – Handel und Gewalt in Schulen anzutreffen. Ein hoher Anteil alleinerziehender Eltern, kinderreicher Familien sowie von Bürger/innen mit Sozialhilfebezug sind für das Gebiet kennzeichnend.

Das Stadtteilprojekt Hammer-Norden ist in einer Phase verstärkt auftretender Jugendgewalt im Quartier und im Umfeld der Hauptschule entstanden. Um die Situation in den Griff zu bekommen, haben sich die ansässige Hauptschule und andere Schulen sowie Tageseinrichtungen der Jugendhilfe, Kirchengemeinden, städtische Dienststellen und der Kinderbeauftragte zusammengesetzt, um Lösungen für den Stadtteil zu entwickeln. Aus dieser Initiative ist der Präventionskreis „Hamm-Norden“ entstanden. Mitglieder des Präventionskreises waren professionelle Mitarbeiter/innen der sozialen Arbeit, Politiker/innen des Stadtbezirks, engagierte Bürger/innen die die problematische Situation im Quartier erkannt haben und dem entgegenwirken wollten. Gemeinsame Anstrengungen zur Lösung vorhandener Probleme standen so bereits am Anfang des Projektes im Vordergrund.

Die Durchführung von Stadtteilkonferenzen hatte wesentliche Veränderungen für die Arbeit im Stadtteil zur Folge. Die Neuordnung der Sozialen Dienste, mit dem Ziel, die Mitarbeiter/innen des Jugendamtes, der Familienhilfe, des Sozialamtes bürgernah in den Stadtteilen zu vernetzen, war eines ihrer Ergebnisse. Durch die Zusammenarbeit sollten die Problemlagen im Stadtteil besser gelöst werden. Ein weiterer Schritt zur Problembewältigung war die Aufnahme in das NRW-Programm „Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf“. Das Programm setzt nicht nur städtebauliche Prioritäten, sondern erwartet auch die Berücksichtigung sozialer Belange bei der Entwicklung von nachhaltigen integrierten Handlungskonzepten. So konnten die Ansätze vor Ort mit den Erfahrungen und Möglichkeiten des Modellprogramms verknüpft werden.

Durch diese Entwicklungen gelang es, ein „sozial- und bewohnerorientiertes Stadtteilentwicklungsprojekt Hammer-Norden“ zu konzipieren, das im Stadtrat verabschiedet wurde. Ein Stadtteilbüro würde eingerichtet und mit der Umsetzung des Projekts beauftragt. Ein wesentliches Merkmal des Projektes sind die gut organisierten und vernetzten Strukturen im Quartier. Das Stadtteilbüro übernimmt hier eine begleitende und koordinierende Funktion, die zum Gelingen des Vernetzungsansatzes beiträgt.

Die Steuerung des Entwicklungsprozesses wird vom Arbeitskreis Hammer - Norden durchgeführt. Der Arbeitskreis ist ein ämter-, ressort-, und trägerübergreifendes Gremium. Er hat die Aufgabe, die im Rahmen des Stadtteilprojektes geförderten Projekte unter Einbeziehung der sozialen Dienste zu steuern und sich mit allen Problemen des Quartiers zu befassen. Ein weiteres Aufgabenfeld ist die kontinuierliche Weiterentwicklung des Gesamtkonzeptes Hammer Norden.

Der Präventionskreis, in dem die unterschiedlichen Akteure zusammenarbeiten, wird von einem gewählten Vorstand geleitet und unterliegt keiner Weisungsgebundenheit gegenüber anderen Gremien der Stadt. Der Präventionskreis ist für die Durchführung der Bürgerbeteiligung und anderer Beteiligungsformen sowie die Ausrichtung der Stadteilkonferenzen und der Vernetzung der Beteiligten Institutionen verantwortlich. In diesem Rahmen sollen Projekte angeregt und initiiert werden. Die Steuerung wird durch eine Lenkungsgruppe abgedeckt damit eine relativ reibungslose verwaltungsinterne Umsetzung der Projekte und eine enge Anbindung an die Entscheidungsträger stattfinden kann.

Hervorzuheben ist am „Hammer Modell“ das Zusammenspiel von „freien“ selbstgetragenen und bewohnernahen Strukturen (Präventivkreis) und einem übergeordneten Abstimmungsgremium (Arbeitskreis), das eine partnerschaftliche Zusammenarbeit und enge Abstimmung aller Beteiligten sicherstellt. Durch diese Zusammenarbeit ist gewährleistet, dass die initiierten Partizipationsprozesse auch Auswirkungen auf die weitere Gestaltung des Entwicklungsprozesses haben.

Die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen bei der Wohnumfeldgestaltung sowie in der Kinder- und Jugendsozialarbeit hat einen wichtigen Stellenwert im Stadteilentwicklungskonzept Hammer-Norden eingenommen. Sie werden an vielen Stellen von vorneherein in Gestaltungsprozesse und an der Stadtentwicklung beteiligt, um vorhandene Aggressionspotenziale durch eine positive Integration in den Stadtteil zu verringern. Dies gelingt, indem Beteiligungsmethoden im Sozialraum, die an den Lebenswelten und Fähigkeiten der Kinder und Jugendlichen ansetzen, erprobt werden. Positive Erfahrungen wurden mit Streifzügen im Rahmen von Planungsprozessen von Spielraum- und Wohnumfeldgestaltung gemacht sowie Raumbezogene Aktivierungsangebote wie z. B. Hüttenbauprojekte und Mattenecken.

Zu nennen ist hier eine wohnungsnahe Spielflächengestaltung bei der in besonderer Weise die Bedürfnisse von Mädchen Berücksichtigung fanden. Durch die bereits genannten Streifzüge von Kindern stellte sich heraus, dass die wohnungsnahen Spielflächen der Wohnungsbaugesellschaft im Hammer-Norden eine sehr bedeutende Aufenthaltsfunktion für die dort lebenden Kinder und Jugendlichen haben. Die Spielflächen wurden von vielen Mädchen genutzt, da sie im Umfeld der Häuser liegen. Sie waren in einem sehr schlechten Zustand und bedurften einer dringenden Renovierung und Verbesserung. Dieses Anliegen wurde von der Wohnungsbaugesellschaft aufgegriffen und das Gelände umgestaltet, wodurch der Spielwert immens erhöht wurde (vgl. Bartscher, 2000).

An dem Beispiel des Projektes Hammer-Norden wird deutlich, das vor der Konzeptentwicklung eine intensive Situationsanalyse durch verschiedene Akteure wie Träger der Jugendsozialarbeit, Schule, Verwaltung, Politik des Gebiets vorgenommen werden sollte. Die Situationsanalyse ist bei der Planung von Mitbestimmungsmöglichkeiten dringend notwendig, damit Erkenntnisse über die Lebenssituation der Kinder und Jugendlichen und die vorhandenen Strukturen im Quartier bei einer Konzeptionierung Berücksichtigung finden können. Die Beteiligungskonzepte sollten sich immer an der konkreten sozialen Wirklichkeit der Kinder und Jugendlichen orientieren, damit diese sich im Partizipationsprozess wieder finden.

Im Hammer-Norden hat man aus diesem Grund ganz bewußt alle relevanten Akteure, die in der konkreten Arbeit mit den Bürgerinnen und Bürgern stehen, also auch mit

den Kindern und Jugendlichen an einen Tisch geholt um die Lebenswirklichkeiten der Bewohner zusammenzutragen. Die Träger der Jugendsozialarbeit sind u.a. ein wichtiges Bindeglied in der Netzwerkarbeit des Hammer-Nordens, da sie die Interessen von Kindern und Jugendlichen in das Gesamtkonzept eingebracht haben und weiter einbringen können. Sie sind auch die richtigen Ansprechpartner, die unterstützend in Partizipationsprozessen mitwirken oder Partizipation mit den Kindern und Jugendlichen in ihrer Arbeit leben können. Die Arbeit des Präventionskreises und des Arbeitskreises Hammer-Norden verdeutlichen die Notwendigkeit von Kooperationsbereitschaft auch im Rahmen von Partizipationsprozessen, damit angestrebte Ziele auch erreicht werden können. Das Beispiel macht deutlich, dass eine Kooperationsbereitschaft in einem Netzwerk nicht selbstverständlich ist, sondern auch Zeit der Entwicklung benötigt. Dadurch, dass Partizipationsmodelle immer wieder Thema in den verschiedenen Gremien des Hammer-Nordens sind, gelingt es, eine öffentliche Anerkennung zu erreichen und verbindliche Absprachen zu treffen damit materielle, finanzielle und personelle Ressourcen abgestimmt werden können. Durch die gute Vernetzung war es möglich Synergieeffekte im Quartier zu erreichen. Gerade in diesem Rahmen können neue Modelle und bereits bestehende Beteiligungsformen miteinander vernetzt werden und kooperieren.

Die Beteiligungsmethode des Streifzugs ermöglichte, dass die beteiligten jungen Menschen mit der Unterstützung von Erwachsenen ihre eigene Kompetenz erleben konnten. Die unterstützende Haltung, die die notwendige organisatorische Hilfe gibt aber auch die eigenen Potenziale der Kinder und Jugendlichen einbezieht, machte es möglich, dass diese Kinder und Jugendlichen gefordert wurden und eigenständige Erfahrungen machen konnten. An ihren Fähigkeiten wurde angesetzt und die Chance eröffnet, sie weiter zu entwickeln. Wesentlich für die gelungene unterstützende Haltung war es, dass die Mädchen als Expertinnen in eigener Sache akzeptiert und ihnen die Fähigkeit, sich selbst zu vertreten zugetraut wurde.

Die Erfahrungen des „sozial- und bewohnerorientierten Stadtteilentwicklungsprojektes Hammer-Norden“ machen deutlich, dass bestimmte Gütekriterien zum Gelingen und Sicherung der Qualität von Beteiligungsprozessen führen können. Dazu gehört z.B. die Netzwerkarbeit durch verschiedene Gremien, die Wahl der geeigneten Form und Methode oder der Bezug der Themen zur Lebenswelt der Kinder und Jugendlichen. Die Begleitung durch qualifizierte Erwachsene wie z.B. durch das Stadtteilbüro oder andere Institutionen sollte ebenso abgesichert sein wie der Transfer der Ergebnisse aus den Modellen in die Politik. Nicht zuletzt geht es darum, eine konkrete Umsetzung in überschaubaren Zeiträumen zu erreichen (vgl. Hermann, 1996b) und (vgl. Stange / Wiebusch, 1997).

Partizipation als Chance und Auftrag sozialer Arbeit

Einrichtungen der Jugendsozialarbeit können Bedingungen schaffen, die Partizipation von Kindern und Jugendlichen im breiten Rahmen ermöglicht. Durch eine erfolgreiche gesellschaftliche und politische Lobbyarbeit im Rahmen von vernetzten Strukturen oder Kooperationen im Quartier, kann es gelingen, Partizipation zu ermöglichen und als Prinzip zu verankern. Dies setzt aber voraus, dass in den Einrichtungen der Jugendsozialarbeit das Thema Partizipation im Leitbild des Trägers verankert ist und von den Mitarbeiter/innen als Prinzip der pädagogischen Arbeit verstanden wird. Beteiligung von Kindern und Jugendlichen ist in der konkreten, alltäglichen Jugend(sozial)arbeit immer wieder mit zu bedenken. Partizipation basiert auf einer demokratischen Grundhaltung, die Eigenverantwortung fordert und fördert, es ist ein aktuelles Paradigma, aber auch eines, das noch nicht überall den Weg von der selbstverständlich benutzten Rhetorik in die konkrete Praxis der sozialen Arbeit gefunden hat. Nicht zuletzt aus diesem Grund, bleibt es wichtig, das Thema Partizipation in sozialpädagogischen Aus- und Weiterbildungen aufzunehmen und die professionellen Akteure bereits frühzeitig für diesen Ansatz zu sensibilisieren.

In den vorgestellten Projekten ist es auf den unterschiedlichsten Wegen gelungen, die eigenen Ressourcen junger Menschen und ihres Umfelds zu nutzen, um für sie Perspektiven zu entwickeln. Junge Menschen konnten durch die Entwicklung, die sie im Rahmen von partizipativen Ansätzen erfahren haben, in die Lage versetzt werden, als Koproduzenten an der Lösung der eigenen Probleme mitzuwirken. Von zentraler Bedeutung war dabei auch die Vernetzung mit vorhandenen Strukturen, wie es am Beispiel des Entwicklungsprojektes „Hammer Norden“ deutlich geworden ist.

Partizipation als Prozess ist dabei nicht steuerbar. Kinder und Jugendliche lassen sich nicht auf Dauer von Erwachsenen vereinnahmen. Die Entwicklung eigener Vorstellungen im Verlauf von Beteiligungsversuchen lässt sich nicht verhindern. Daher gilt zu aller erst: Jeder Versuch der Beteiligung ist ein Schritt in die richtige Richtung. Die Auswertung und Weiterentwicklung der Ansätze vor Ort wird zeigen, wie Kinder und Jugendliche in ihrer Expertenfunktion angemessen beteiligt werden. Kinder und Jugendliche von der Entwicklung ihrer Lebenswelt auszuschliessen ist nicht zu legitimieren, auch nicht durch die Angst vor einem Scheitern des Partizipationsversuchs.

Vor diesem Hintergrund müssen sich die Verantwortlichen vor Ort mit großer Sensibilität für die Lebenswirklichkeit der betroffenen Kinder und Jugendlichen und mit einer realistischen Einschätzung der Ressourcen des jeweiligen Sozialraums für die passenden Modelle entscheiden. Die unterschiedlichen Beispiele von Julius B. und OUTREACH zeigen, dass sowohl eine „Reintegration“ in bestehende Einrichtungen vor dem Hintergrund eines bestimmten Sozialraums ein gangbarer Weg ist, die Integration junger Menschen zu fördern, wie die Schaffung eigenständiger Räume, deren Nutzung und Gestaltung der erste Schritt zurück sein kann, in ein Leben, das sich selbst und andere ernst nimmt. Partizipation kann also in den unterschiedlichsten Formen zum Erfolg führen, wenn man sich ernsthaft auf Kinder und Jugendliche einlässt und ihnen die Möglichkeit gibt, eigene Stärken zu entwickeln und Verantwortung zu übernehmen.

Literaturverzeichnis:

Bartscher, M. (1998). Partizipation von Kindern in der Kommunalpolitik. Freiburg im Breisgau: Lambertus.

Bartscher, M. (2000): Chancen und Grenzen der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen – Ermutigung zur Partizipation in der Stadtteilarbeit. in Regiestelle E&C der Stiftung SPI (Hrsg.), Dokumentation: Startkonferenz der Quartiersmanager: Chancen und Möglichkeiten der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen im Rahmen des Quartiersmanagements. Berlin, S. 21-40.

Bruner, C., Winklhofer, U. & Zinser, C..(1999). Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in der Kommune. Ergebnisse einer bundesweiten Erhebung. Deutsches Jugendinstitut e.V., München.

Bundesjugendkuratorium. (2001). Stellungnahme: direkte Beteiligung von Kindern und Jugendlichen. Bonn.

Deutscher Bundestag. (2002); Elfter Kinder- und Jugendbericht mit der Stellungnahme der Bundesregierung. Bericht über die Lebenssituation junger Menschen und die Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe in Deutschland. Berlin.

Essmann, W. (2000): Das Projekt OUTREACH – Mobile Jugendsozialarbeit in Berlin, in: Regiestelle E&C der Stiftung SPI (Hrsg.), Dokumentation: Startkonferenz der Quartiersmanager: Chancen und Möglichkeiten der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen im Rahmen des Quartiersmanagements. Berlin, S. 41-44.

Hermann, M. (1996). Jugendgemeinderäte in Baden-Württemberg. Pfaffenweiler: Centaurus.

Hermann, M.(1996b). Auf der Suche nach der richtigen Form: Güterkriterien für Partizipationsformen auf kommunaler Ebene. Projekte Konzepte Ideen, Spezial, Modelle für mehr Mitsprache, 1996, S. 29-36.

Schröder, R. (1995). Kinder reden mit. Kinderbeteiligung in der Politik. In LBS-Initiative Junge Familie (Hrsg.). Kinder reden mit. Beteiligung an Politik, Stadtplanung und –gestaltung. Weihnheim: Beltz.

Schabler M./ Balci N., (2001): Und jetzt beteiligen wir euch – Erfahrungen aus dem Quartiersmanagement in Gelsenkirchen Schalke Nord, in: Regiestelle E&C der Stiftung SPI (Hrsg.), Dokumentation: Konferenz der aus dem Kinder- und Jugendplan geförderten freien Träger: Partizipation von benachteiligten Kindern und Jugendlichen in E&C-Gebieten- Chancen für neue Entwicklungen?! . Berlin, S.

Scheeres S., (2001): Entwicklung und Chancen junger Menschen durch Partizipation in E&C Gebieten, in: BAG JAW (Hrsg.), Dokumentation: Jugendsozialarbeit und politische Bildung „Glaubhaft ist nur das, was vorgelebt wird“ Anforderungen, Handlungsbedarf und Kooperationsformen. Bad Breisig, S.

Stange, W. & Wiebusch, R. (1997). Pro- und Contra-Diskussion von Kinder- und Jugendgremien, in: C. Palentien & K.Hurrelmann (Hrsg.), Jugend und Politik, *ein Handbuch für Forschung, Lehre und Praxis* (364-395). Berlin: Luchterhand.